



II-8251 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
Tel. (0222) 711 62-9100
Teletex (232) 3221155
Telex 61 3221155
Telefax (0222) 73 78 76
DVR: 009 02 04

Pr.Zl. 5905/10-4-89

3745 IAB

1989 -07- 14

zu 3762 IJ

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.
Adelheid Praher und Genossen vom 18. Mai 1989,
Nr. 3762/J-NR/1989, "Verkehrsverbund Nieder-
österreich-Zentral"

Ihre Fragen

"Befürworten Sie die Errichtung eines Verkehrsverbundes
Niederösterreich-Zentral?"

"Werden Sie der besonderen Situation des Ausbaues der Stadt
St. Pölten zur Landeshauptstadt durch Initiativen zur
Errichtung eines Verkehrsverbundes Niederösterreich-Zentral
Rechnung tragen?"

"Wurden seitens des Landes Niederösterreich mit Ihrem
Ministerium bereits Verhandlungen in diese Richtung einge-
leitet?"

darf ich wie folgt beantworten:

Bereits in der zwischen dem Bund und dem Land Niederöster-
reich getroffenen Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über "Vor-
haben, deren Verwirklichung für die Vertragsparteien von
besonderem Interesse ist" vom 7. April 1989 hat sich der Bund
dazu bekannt, die Einrichtung zweckmäßiger neuer regionaler
Verkehrsverbände in Aussicht zu nehmen, wenn positive Erfah-
rungen mit dem Verkehrsverbund "Nördliches Weinviertel" vor-
liegen.

- 2 -

Was diese Modellfunktion anlangt, liegen mir unterschiedliche Beurteilungen durch das Land Niederösterreich und die Landeshauptstadt St. Pölten vor.

Mein Ressort ist jedenfalls bereit, in ersten Sondierungsgeprächen abzuklären, ob der Verkehrsverbund "Nördliches Waldviertel" als Modell für einen Verkehrsverbund Niederösterreich Zentral in Betracht kommt oder ob zweckmäßigerweise eine andere Lösung entwickelt werden sollte.

Das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr nimmt in Aussicht, im Herbst dieses Jahres zu einer ersten Gesprächsrunde Vertreter des Landes Niederösterreich und der Stadtgemeinde St. Pölten einzuladen.

Wien, am 13. Juli 1989

Der Bundesminister

